

CUXHAVEN STADT & LAND

Entdecken à la «card».



www.aboplus-welt.de



SEX & CRIME
Leicht verdauliches Theaterdinner mit Brecht-Anklängen. Lokales, 16



BLEIBT NUR DER ABRISS?
Forsthaus Dobrock steht (mal wieder) vor dem Aus. Landkreis, 20



Ebbe & Flut:
 HW: 10:03 / 22:36
 NW: 04:15 / 16:53
 Wassertemp. 3°
 Wind: SO 4
 Wattw.: 14:30-17

Moin Cuxhaven

„Vergesst die Pferde nicht!“ ist ein Satz, mit dem Watterpräsident Henry Böhack oft zitiert wird. Dass gerade in Cuxhaven die Pferde nicht vergessen werden, hat der Stadt jetzt die Deutsche Reiterliche Vereinigung (FN) bestätigt: Cuxhaven gehört zu den drei Preisträgern im Wettbewerb „Pferdefreundliche Gemeinde“ in Niedersachsen, gemeinsam mit Celle und Salzhagen. Beim Landessieger Salzhagen fiel den Juroren als erstes das neue Gemeindelogo auf, in dem als zentrales Element ein Pferdekopf auftaucht. Dies werteten sie als Zeichen für die hohe Bedeutung des Pferdes als wichtigster Wirtschaftsfaktor in der Gemeinde. Der Pferdesportverband Hannover hat für die Bundesauszeichnung „Pferdefreundliche Gemeinde 2010“ den Landkreis Celle und die Stadt Cuxhaven ausgewählt. „Cuxhaven beeindruckte die Jury durch großes Engagement in der Pferdezucht, dem Pferdesport und dem Pferdeterminus. In Kooperation mit Landes- und Bundesforsten wurde im angrenzenden Naturschutzgebiet ein Reitwegenetz mit Anbindung an das Wattenmeer geschaffen. Kontrolle und Pflege übernimmt die Stadt. Pferdesportveranstaltungen – insbesondere das Duhner Watterennen – werden unterstützt und die mit großer Tradition verbundene Pferdezucht in der Region erfährt genauso Unterstützung wie das Therapeutische Reiten und Kooperations im Bereich des Schulsports.“ Soweit die Jury – Sir Henry muss sich also bis auf Weiteres keine Sorgen machen. (ters)

PNE WIND in Edinburgh

CUXHAVEN/EDINBURGH. Die Entscheidung der PNE WIND UK, hier in Edinburgh ein Büro zu eröffnen, ist ein Zeichen für die Anerkennung der schottischen Konkurrenzfähigkeit und der Vorteile die wir hier bei den erneuerbaren Energien mit den besten Windressourcen Europas haben. Das betonte die Hauptgeschäftsführerin der schottischen Wirtschaftsförderung für ausländische Unternehmen, Anne MacColl, jetzt bei der Eröffnung des Büros. Schottland könne bei der Projektierung und Entwicklung von Windpark-Projekten viel von Deutschland sowie von Unternehmen mit großen Erfahrungen wie der PNE WIND AG lernen, fügte sie hinzu. PNE WIND UK Limited plant innerhalb der nächsten Jahre umfangreiche Investitionen in Großbritannien. Martin Billhardt, Vorstandsvorsitzender der PNE WIND AG, betonte, dass das Unternehmen in Schottland in den kommenden Jahren 300 MW Nennleistung aus Windenergie entwickeln will und dafür sehr gute Startbedingungen vorfindet. George Mager, Geschäftsführer von PNE WIND UK: „Dies ist eine langfristige Unternehmensinvestition.“

Es gibt keine Bedenken aus Luftfahrtsicht

Stadt redet von Durchbruch beim Thema STRABAG

VON KAI KOPPE
CUXHAVEN. Ein kürzlich bei der Stadt eingetroffenes Schreiben veranlasst Stadtbaurat Michael Müller, von einem „Durchbruch“ zu sprechen: „Es gibt jetzt keinerlei Planungsschranken mehr“, fasste der Dezernent zusammen und bezog sich damit auf einen Genehmigungsantrag, den die Firma STRABAG Offshore Wind GmbH im Zusammenhang mit einem östlich der Baumrönne geplanten Fertigungsstandort für Windenergieanlagen gestellt hatte.

In einer Doppelfunktion (als Trägerin öffentlicher Belange und als militärische Luftfahrtbehörde) hat die Wehrbereichsverwaltung Nord in dem fraglichen Brief zum „Knackpunkt“ des Vorhabens Stellung genommen. Dabei drehte sich alles um die Frage, ob und wieweit das geplante STRABAG-Terminal ein Luftfahrthindernis darstellen könnte oder nicht. Nach Darstellung der Wehrbereichsverwaltung, die sich, wie Müller erwähnte, ausgesprochen kooperativ gezeigt haben soll, gibt es gegen die Errichtung von Montagestandorten auf dem Gelände, beziehungsweise gegen den Bau einer Anlage zur Produktion von Betonteilen für Windkraftanlagen keinerlei Einwände. Einschränkung: Nicht mehr als 15 Windkraftanlagen dürfen am Grodenener Spülfeld gleichzeitig montiert werden, deren maximale Bauhöhe muss auf 240 Meter begrenzt

bleiben. Gleichzeitig dürfen sich in engem räumlichen Zusammenhang nur bei drei benachbarten Anlagen die Rotoren gleichzeitig drehen. Mit diesen Vorgaben können offenbar sowohl die Windanlagenbauer als auch die als Planungsbehörde auftretende Stadtverwaltung leben. „Wir sind den Militärs äußerst dankbar“, so der Stadtbaurat, der keine Zweifel daran ließ, was geschehen wäre, wenn die mit der Sache betrauten Flugsicherungsexperten Vorbehalte vorgebracht hätten: „Das wäre einem Planungsstopp gleich gekommen!“

Nur noch eine Hürde

Da dieser Fall nicht eingetreten sei, könne man „weitermachen“, was unter anderem bedeutet, dass die derzeit noch auf dem künftigen STRABAG-Fertigungsgelände stehenden Offshore-Testanlagen umziehen müssen. Hinsichtlich der Versetzung von fünf Wind-Giganten an ihren künftigen Standort bei Neuenwäld sei der Kreis als ebenfalls involvierte Behörde inzwischen in einer ähnlich komfortablen Lage wie die Stadt. Kreisrat Jochimsen habe ebenfalls positive Rückmeldungen von der Wehrbereichsverwaltung erhalten – „grünes Licht“ für den Aufbau der Testanlagen auf Kreisgebiet. Abzuwarten bleibt eine landesplanerische Feststellung und die Klärung der Kostenträgerschaft für den Umzug.



Die alten Testtrailer müht sich noch Platz zu machen: Bedenken, dass ein STRABAG-Terminal die Flugsicherheit beeinträchtigt, gibt es nicht. Foto: Koppe

Allein sollen geschützt werden

KREIS CUXHAVEN. Baumalleen sollen künftig als Bestandteil der niedersächsischen Kulturlandschaft geschützt werden. Das fordert ein Entschließungsantrag, den die CDU-Landtagsfraktion jetzt in das parlamentarische Verfahren eingebracht hat. „Allein prägen unser Landschaftsbild. Sie erfüllen eine wichtige Funktion in der Regulierung des Naturhaushaltes und sollten daher einen besonderen Schutz genießen“, erklärte der CDU-Landtagsabgeordnete Heiner Schönecke. Hintergrund des Entschließungsantrags sind die Verordnungen „Empfehlungen zum Schutz vor Anrrall auf Bäume“ (ESAB) sowie „Richtlinien für passiven Schutz an Straßen durch Fahrzeugrückhaltesysteme“ (RPS): Sie besagen, dass bei Neu- und Umbau von Landesstraßen außerhalb geschlossener Ortschaften ein Mindestabstand zu Hindernissen am Straßenrand von 4,50 Meter oder 7,50 Meter eingehalten werden muss. „Die Abstandsregeln sind an Unfallschwerpunkten sicherlich sinnvoll. Sie auf das ganze Land auszuweiten, bedeutet das gleichzeitige Ende der Straßenalleen“, sagte Schönecke. Der Antrag habe daher zum Ziel, Straßen mit einer schwachen Verkehrsauslastung von ESAB- und RPS-Verordnungen zu befreien. „Durch Maßnahmen wie eine Herabsetzung der Höchstgeschwindigkeit lässt sich die Unfallgefahr in Alleen auch mindern“, sagte Schönecke, der davon ausgeht, „dass durch diesen Antrag die niedersächsischen Alleenlandschaft erhalten bleibt.“

Tierschützer kritisieren Veterinäramt des Landkreises

Hühnerzucht-Skandal: Der Prozess gegen die LTZ-Spitze soll am 2. März vor dem Cuxhavener Amtsgericht beginnen

VON EGBERT SCHRÖDER
KREIS CUXHAVEN. Die schweren Vorwürfe gegen die Cuxhavener Firma „Lohmann Tierzucht“ (LTZ) ziehen Kreise: Auch das Veterinäramt des Landkreises Cuxhaven gerät unter Beschuss. Unterdessen laufen die Vorbereitungen für den Prozess gegen die beiden LTZ-Geschäftsführer wegen des Verstoßes gegen das Tierschutzgesetz. Die Verhandlung soll am 2. März vor dem Cuxhavener Amtsgericht beginnen.

Am Wochenende wurden die massiven Vorwürfe gegen die Cuxhavener Zuchtunternehmen publik, nach denen Hühnerküken massenweise Zehen amputiert und Kämme gekürzt worden seien. Der Sprecher der Staatsanwaltschaft Stade, Kai Thomas Breas, bestätigte gestern auf Anfrage unserer Zeitung, dass die beiden Geschäftsführer einen Strafbefehl wegen des Verstoßes gegen das Tierschutzgesetzes nicht akzeptiert und Einspruch eingelegt hätten. Unklar ist, ob diese Einsprüche Bestand haben oder doch noch – nach der bundesweiten Berichterstattung – zurückgezogen werden. Der Auftakt für die Hauptverhandlung ist für den 2. März angesetzt. Den Strafbefehl kürzten die Geschäftsführer auch noch im Laufe des Verfahrens akzeptieren; dann allerdings nur mit Zustimmung der Staatsanwaltschaft.

Zwei weitere Vorwürfe sind dagegen nicht Gegenstand dieser Strafbefehle. So lag nach Einschätzung der Staatsanwaltschaft der umstrittenen Praxis der Verga-

sung von Eintagsküken „kein Vorsatz“ zugrunde. In Deutschland werden schätzungsweise bis zu 40 Millionen männliche Küken schon wenige Stunden nach dem Schlüpfen vergast. Für die kleinen Hähne gibt es in der Geflügelindustrie offensichtlich keinen Markt. Gefragt sind nur die Legehennen.

Die von LTZ betriebene Vergasung der Hähne war nach Erkenntnissen der Staatsanwaltschaft behördlich abgesegnet – vom Veterinäramt des Landkreises Cuxhaven. Es handele sich –

juristisch gesehen – um einen „Verbotsirrtum“. „Lohmann Tierzucht“ erklärte bereits am Sonntag, dass „die Tötung von männlichen Eintagsküken im Bereich der Legehennenhaltung gängige Praxis“ sei.

Ermittlungen im Kreishaus

Abgemittelt worden ist von der Behörde anscheinend auch die Praxis des Cuxhavener Unternehmens, den Hühnerküken Teile des Schnabels zu entfernen. Begründet wird die schmerzhafteste Prozedur damit, dass sich nach

dem Stutzen des Schnabels die Hennen nicht gegenseitig verletzen oder töten könnten. „Wir gehen davon aus, dass das Unternehmen dafür eine mündliche Genehmigung des Veterinäramtes erhalten hat“, so Kai Thomas Breas von der Staatsanwaltschaft Stade.

Breas erklärte auf Nachfrage, dass es „Ende 2009“ im Zuge der Ermittlungen gegen LTZ auch eine Durchsuchung des Cuxhavener Veterinäramtes gegeben hatte. Davon hatte auch Landrat Kai-Uwe Bielefeld Kenntnis. Eine

„Durchsuchung“ sei es jedoch nicht gewesen. Vielmehr habe man den Polizeibeamten damals die gewünschten Unterlagen freiwillig ausgehändigt und mit den Ermittlungsbehörden kooperiert. Gleichzeitig unterstrich er, dass das Veterinäramt nicht gegen geltendes Recht verstoßen habe. Daher würden sich die aktuellen Ermittlungen und Verfahren auch nicht gegen Mitarbeiter seines Hauses richten.

Während sich Bielefeld vor seine Mitarbeiter stellt, nahm die Tierschutzorganisation „Peta“ die Behörden gestern ins Visier. Sie wüssten – so Peta-Sprecher Edmund Haferbeck – von „kriminellen Machenschaften“ der Geflügelindustrie, gingen dagegen aber nicht vor. Die Rolle des Veterinäramtes des Landkreises Cuxhaven skizzierte Haferbeck mit folgender Bemerkung: „Das Veterinäramt Cuxhaven sitzt auf dem Schoß derjenigen, die es kontrolliert.“ Bielefeld wies diesen Vorwurf „auf das Schärfste“ zurück: „Die Distanz zwischen Unternehmen und Veterinäramt ist immer vorhanden gewesen.“

Kreis-Grüne haken nach

Ob das wirklich so war, will die Grünen-Kreistagsfraktion in den nächsten Tagen klären. Die Fraktionsvorsitzende Christel Tecker kündigte an, dass „in den Kreisgremien konkrete Fragen zur Rolle des Kreis-Veterinäramtes in diesem Fall eingebracht werden sollen“. Bei den Grünen herrsche „Entsetzen über den Tierschutzskandal“.



Die Praktiken bei der Aufzucht von Hühnerküken sind umstritten. Ab 2. März müssen sich zwei Manager aus Cuxhaven vor Gericht verantworten. Das Unternehmen LTZ steht in dem Verdacht, jahrelang Tiere gequält zu haben.